

GR ► GV

12. September 2024 / LM

SWG – Teilrevision des Konzessionsvertrags vom 29.11.1995 (Stand 15.01.2004); 1. Lesung**1 Ausgangslage**

- 1.1 Die SWG¹ wurden 1995 zur Auslagerung der bis dahin unselbständigen Stadtwerke mit den Branchen Strom, Wasser und Gas von der Stadt Grenchen gegründet, als öffentlich-rechtliche Unternehmung mit eigener Rechtspersönlichkeit. Um sie mit entsprechenden Sonderrechten auszurüsten, die für die statutarischen Aufgaben nötig sind, wurde 1995 der Konzessionsvertrag geschlossen.²
- 1.2 Mit einem Konzessionsvertrag werden verschiedene Aspekte geregelt, je nach Fall Vorzugs- oder gar Monopolrechte, Rechte zur Nutzung des öffentlichen Bodens für Leitungen und anderes. Und es wird die Entschädigung festgelegt, die das verleihende Gemeinwesen für die Sonderrechte erhält. Konzessionsverträge kann ein Gemeinwesen mit allen Firmen schliessen, die z.B. Boden oder andere öffentliche Güter beanspruchen (z.B. auch mit Telekomfirmen, privaten Wärmenetze, Nutzungen von Wasserenergie etc.). Nicht mit allen Konzessionen ist eine Monopol-Situation verbunden. Wo Monopole zulässig sind, wird v.a. vom Bundesrecht definiert.
- 1.3 Von einer Konzessionsabgabe klar zu unterscheiden sind andere Zahlungen, die ein Unternehmen seinen «Eigentümern» leistet (z.B. Kapitalverzinsung, Gewinnausschüttung, Kapitalrückzahlungen bei Desinvestitionen). So ist die Konzessionsabgabe nur einen Teil der von den SWG an die Stadt Grenchen zu leistenden Zahlungen. Gemäss Ziff. 3.2.2 lit. c der Eignerstrategie erfolgt auch eine Gewinnausschüttung an die Stadt Grenchen. Letztere erfährt durch die vorgeschlagenen Anpassungen am Konzessionsvertrag keine Änderungen. Sie sind Gegenstand der zwischen der SWG und der Stadt abgeschlossenen Leistungsvereinbarung³.
- 1.4 Die Revision wurde von Per Just 2021/22 an die Hand genommen. Die SWG haben ihre Änderungsanliegen mit Hilfe von RA Michael Grimm vertiefen und ausformulieren lassen. Die folgenden Ausführungen und die Kommentare in der Synopsis basieren

¹ Hinweis: Die SWG verwendet für die Firmenbezeichnung in den Reglementen grundsätzlich Plural. Im mündlichen wird hingegen oft der Singular eingesetzt.

² 810 SWG Statuten von 1995, V 2020, SR 810
814 SWG Konzessionsvertrag 1995, V 2004
815 SWG Vereinbarung zur Konzessionsabgabe 2008

³ Der GR hat in den letzten Jahren die Corporate Governance für die SWG erarbeitet und seine Stellung gegenüber der SWG neu definiert. So hat er 2019 eine Eignerstrategie verabschiedet und gestützt darauf 2021 mit der SWG eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Diese wird derzeit in einer gemeinderätlichen Arbeitsgruppe auf Änderungsbedarf für 2025ff überprüft. Da wird seitens der SWG v.a. die Abgabe ein wichtiger Punkt sein.

811 SWG Corporate Governance Prinzipien 2020
812 SWG Eignerstrategie 2019
812.1 SWG Leistungsvereinbarung 2021 (in Überprüfung)

hauptsächlich auf seinem Bericht. Der Verwaltungsrat der SWG hat die Revisionsvorlage aus seiner Sicht Ende 2023 beschlossen und zu Händen des politischen Genehmigungsprozesses verabschiedet.

- 1.5 Es galt darauf die Vorschläge auch aus Sicht der Stadt zu prüfen. In einzelnen, primär formellen Punkten wurden noch Änderungen erarbeitet.
- 1.6 Die vorgeschlagenen Änderungen am Konzessionsvertrag sind in der beiliegenden Synopsis dargestellt und kommentiert.
- 1.7 1. Lesung: Der Konzessionsvertrag und das separat traktandiert Reglement Energie und Wasser stehen in engerem Zusammenhang. Das Reglement benötigt eine Genehmigung durch den Regierungsrat. Die Ergebnisse der Vorprüfung liegen noch nicht vor, dürften aber noch die eine oder andere Änderung bedingen. Auch seitens Gemeinderat können Änderungsvorschläge kommen. Je nach Anträgen wird es dann Bereinigungsrounds mit dem Kanton, resp. mit den SWG geben. Deshalb werden beide Geschäfte für eine 1. Lesung traktandiert. In der 2. Lesung sollten primär noch allfällige Änderungen besprochen werden.

2 Erwägungen

Anpassungen am Konzessionsvertrag drängten sich aus folgenden Überlegungen auf:

2.1 Gesetzliche Grundlage für die Erhebung und Höhe der Konzessionsgebühr

- 2.1.1 Ursprünglich war im Konzessionsvertrag selbst eine Umsatzabgabe auf Strom und Gas als Konzessionsabgabe festgelegt mit einem Zusatz, dass und wie die Parteien das anpassen können. 2000 wurden die Ansätze gestrichen und schlicht festgehalten, dass die Abgaben zwischen Gemeinderat und VR-SWG separat vereinbart werden.
- 2.1.2 Seither wurde die Höhe der Abgabe durch Vereinbarung zwischen dem Verwaltungsrat der SWG und dem Gemeinderat festgelegt und letztmals 2008 angepasst: 0.9 Rp pro kWh Strom und 0.11 Rp pro kWh Gas.⁴
- 2.1.3 Das Legalitätsprinzip verlangt gemäss der inzwischen entwickelten bundesgerichtlichen Rechtsprechung, für Abgaben ein Gesetz im formellen Sinn, das den Kreis der Abgabepflichtigen, den Gegenstand der Abgabe und deren Bemessung in den Grundzügen festlegt. Der Konzessionsvertrag, der von der Gemeindeversammlung verabschiedet wird, steht auf Gesetzesstufe. Eine Delegationsnorm an die Exekutive ist zulässig, wenn die Festlegung der konkreten Höhe der Abgabe anhand der im Gesetz verankerten Kriterien erfolgt oder ein bestimmter Gebührenrahmen festgelegt wird und so für die Kunden überprüfbar wird (vgl. das Urteil des Bundesgerichts zur Konzessionsgebühr der Industriellen Werke Basel, BGE 143 II 283, E. 3.1 ff.).
- 2.1.4 Deshalb sollen die Eckwerte der Konzessionsabgabe wieder in § 13 aufgenommen werden und ein Rahmen gesteckt werden: 0.7 Rp. bis 1.1 Rp. pro kWh Strom und 0.05 Rp. bis 0.17 Rp. pro kWh Gas. Der heute geltende Ansatz liegt in der Mitte.

⁴

Diese Vereinbarung wurde auf den 1. 1. 2009 in Kraft gesetzt und gilt seither unverändert. Die Vereinbarung verlängert sich automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, sofern sie von keiner Partei sechs Monate im Voraus gekündigt wird.

- 2.1.5 Dem Gemeinderat und dem Verwaltungsrat kommt weiterhin die Kompetenz zu, die konkrete Höhe der Abgabe - in diesem Rahmen - zu vereinbaren.
- 2.2 Die Höhe der Abgabe für die öffentliche Beleuchtung richtet sich nach den durchschnittlichen Aufwendungen der letzten 5 Jahre. Dies kommt im neu gefassten § 13 Abs. 3 des Konzessionsvertrags zum Ausdruck.
- 2.3 Gesetzliche Grundlage für die Überwälzung der Abgaben auf die Kunden:
- 2.3.1 In dem von den Kunden zu entrichtenden Netznutzungsentgelt für den Bezug von elektrischer Energie sind auch die Abgaben und Leistungen an Gemeinwesen enthalten (Art. 14 Abs. 1 des Stromversorgungsgesetzes). Unter solchen Abgaben fallen z.B. die Konzessionsgebühren für die Nutzung des öffentlichen Grundes (vgl. Mitteilung der Eidgenössischen Elektrizitätskommission ElCom vom 17. Februar 2011). Um derartige Abgaben als Teil des Netznutzungsentgelts auf die Kunden überwälzen zu können, bedarf es einer gesetzlichen Grundlage. Diese findet sich in § 13 des geltenden Konzessionsvertrages mit der Stadt Grenchen, der auf die Ablieferungspflicht der SWG verweist.
- 2.3.2 Heute werden den Kunden der SWG auf dem Strompreis pro kWh 1.06 Rappen für die Abgaben an das Gemeinwesen verrechnet. Die Abgabe setzt sich aus der Konzessionsgebühr von 0.9 Rappen pro auf dem Stadtgebiet durchgeleiteten Kilowattstunde und einer Abgabe für die öffentliche Beleuchtung von 0.16 Rappen pro Kilowattstunde zusammen.
- 2.4 Ergänzung der Nutzungskonzession für Fernwärmeleitungen:
- 2.4.1 Gemäss Eignerstrategie 3.1.1.e können die SWG neben dem Kerngeschäft (Energie und Wasser) auch verwandte Geschäfte betreiben, z.B. im Bereich Wärme/Kälte.
- 2.4.2 Solche Tätigkeiten sind für die SWG wie für andere Energieversorger zunehmend wichtig. Für einige sind Sonderrechte und dazu Konzessionsregelungen nötig.
- 2.4.3 Für Fernwärmenetze, deren Leitungen in das öffentliche Strassenareal zu liegen kommen, benötigt die SWG eine Konzession der Stadt Grenchen. Der Konzessionsvertrag wurde deshalb um das Medium «Fernwärme» erweitert (§§1, 6, 7, 13). Unter Wärme ist auch Kälte zu verstehen.
- 2.4.4 Im Bereich Fernwärme ist kein Monopol vorgesehen; auch andere Anbieter könnten sich für ein bestimmtes Projekt um Durchleitungsrechte bewerben.
- 2.4.5 Für die Sondernutzungskonzession für Fernwärmeleitungen im öffentlichen Grund wird ebenfalls ein Rahmen für eine Konzessionsabgabe festgesetzt (0.1 Rp. bis 0.5 Rp. pro kWh Wärme).
- 2.5 Zuständigkeit der Gemeindeversammlung (vgl. auch oben 2.1): Der Konzessionsvertrag wurde 1995 von der Gemeindeversammlung verabschiedet. Denn ein solcher Vertrag mit weitreichenden Bindungen der Gemeinde und gebührenrelevanten Regelungen ist auf Gesetzesebene einzustufen.
- 2.5.1 Der Aspekt Fernwärme könnte allenfalls auch auf Stufe Gemeinderat geregelt werden; es handelt sich nicht um ein Monopol, Vertragsverhältnisse zwischen SWG und Kunden nach heutiger Beurteilung privatrechtlich. Seitens SWG wird der Einbezug in den bestehenden Konzessionsvertrag bevorzugt. Dies hat aber keine präjudizierende Wirkung auf Geschäftsfelder, die die Zukunft bringen mag.

3 Koordination

3.1 Die Koordination zwischen der SWG und der Stadtschreiberin (Recht) ist erfolgt.

4 Anträge an den Gemeinderat und Beschlussesentwurf

4.1 Allfällige Aufträge aus der 1. Lesung...:

4.2 Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

1. Die Anpassungen des Konzessionsvertrags werden genehmigt.
2. Sie treten nach Genehmigung durch die Gemeindeversammlung der Stadt Grenchen und den Verwaltungsrat der SWG auf den 1. Januar 2025 in Kraft.

Vollzug: Kzl (Recht)

Beilage: Synopsis zur Teilrevision des Konzessionsvertrags

GR
SWG